

grünpol

Nr. 43 | Januar 2013

ERIC NUSSBAUMER IN DEN REGIERUNGSRAT

NEUE ENERGIE NEUER MUT NEUE KLARHEIT

ERIC NUSSBAUMER



Eric Nussbaumer, 52, ist verheiratet und Vater von drei Kindern. Er wohnt in Frenkendorf, wo er 1992 in der Gemeindekommission das politische Parkett betrat. 1998 rückte Eric Nussbaumer in den Landrat nach, den er 2005 präsidierte und wurde zwei Jahre später als Nationalrat gewählt. In den Jahren 1999-2005 war er Präsident der SP Baselland. Als Elektroingenieur HTL baute er während 20 Jahren ein Genossenschaftsunternehmen im Energiebereich auf. Heute steht er als Verwaltungsratspräsident der ADEV Energiegenossenschaft und der Alternativen Bank Schweiz vor.

Am 3. März wählt Baselland einen neuen Regierungsrat. Mit Eric Nussbaumer (SP) stellt sich eine uns Grünen wohl bekannte und geschätzte Persönlichkeit zur Wahl. Der Kanton steht vor grossen Herausforderungen. Es braucht jemanden wie Eric, der zupacken kann und den überfälligen Generationenwechsel in unserer Regierung vorwärtstreibt. Seine ausgewiesenen unternehmerischen, sozialen und energiepolitischen Kompetenzen und seine Fähigkeit, breit abgestützte Lösungen unter Ein-

bezug aller Kräfte zu ermöglichen, heben ihn deutlich von seinen Mitbewerbern ab.

Eric bringt seine hohen fachlichen und menschlichen Qualitäten für dieses herausfordernde Amt in überzeugender Weise mit. Seine in langen Jahren erarbeiteten Kompetenzen hat er im wirklichen Leben ausgiebig bewiesen und laufend weiter vertieft. Zentrale grüne Anliegen wie eine nachhaltige Umwelt-, Energie- und Finanzpolitik würden mit seiner Wahl in die Regierung klar ge-

stärkt. Diese Riesenchance gilt es zu packen. Die Grünen unterstützen deshalb die Kandidatur von Eric Nussbaumer für die Ersatzwahl der Baselbieter Regierung. Eric Nussbaumer braucht eine breite überparteiliche Unterstützung und eine starke Mobilisierung. Ich lade euch daher ein, auf www.eric-nussbaumer.ch dem Unterstützungskomitee beizutreten.

Klaus Kirchmayr, Landrat Aesch,
Fraktionspräsident



Sarah Martin, Landrätin Hemmiken,
Parteivizepräsidentin

Gaskraftwerke im Baselbiet?

Die Energiestrategie 2050 des Bundesrates sieht als Übergangslösung für den Atomausstieg den Bau von Gas- und Dampfkraftwerken (GuD) vor. Die Baselbieter Regierung ist derselben Meinung: In der überarbeiteten Energiestrategie des Kantons wird ausgewiesen, dass ein Teil des zu substituierenden Stroms aus Gaskraftwerken stammen soll.

So erklärt sich die Bereitschaft der Regierung ein Postulat der SVP entgegen zu nehmen, das mögliche GuD-Standorte im Kanton prüfen will. Obwohl momentan keiner der regionalen Energieanbieter Interesse am Bau eines Gaskraftwerkes zeigt, will die Regierung den Weg dazu ebnen.

Für uns Grüne ist klar, dass wir den Umstieg von der atomaren auf die fossile Stromproduktion ablehnen. Gaskraftwerke würden einmal mehr die unbedingt nötigen Investitionen in die Produktion erneuerbarer Energien verhindern. Im Gegensatz zu einer dezentralen, erneuerbaren Stromproduktion, die Arbeitsplätze generiert und deren Wertschöpfung im Kanton bleibt, bringen GuD's unserer Region nur einen hohen CO₂ Ausstoss.

Wir Grüne werden uns deshalb gegen die Überweisung des SVP-Postulats wehren und uns weiterhin, z.B. bei der anstehenden Totalrevision des Energiegesetzes, mit aller Kraft für eine echte Energiewende einsetzen.

Ja zur Initiative «gegen die Abzockerei»

Die Volksinitiative gegen die Abzockerei wurde lanciert, um exorbitante Bezüge und Boni von Managern und Verwaltungsräten zu unterbinden.

So soll die Generalversammlung jährlich und verbindlich über die Gesamtsumme aller Vergütungen der leitenden Organe abstimmen und das Präsidium sowie die Mitglieder des Verwaltungsrats wählen.

Abgangsentschädigungen (goldene Fallschirme) werden verboten. Zudem müssten Pensionskassen im Interesse ihrer Versicherten abstimmen und offenlegen, wie sie gestimmt haben. Die Aktionärsrechte werden gestärkt; der Abzockerei wird aber nur eine Grenze gesetzt, wenn das die AktionärInnen auch so beschliessen.

Ständerat und Nationalrat stellen mit der Revision des Aktienrechtes

der Initiative einen indirekten Gegenvorschlag gegenüber. Er will einige Anliegen der Initiative in weniger verbindlicher Form regeln. Wird die Initiative abgelehnt, tritt er automatisch in Kraft.

Die Grünen empfehlen ein Ja zur Initiative. Dies auch im Hinblick auf die noch hängige Initiative für einen fairen Mindestlohn und der «1:12 – Initiative». Die Lohnschere zwischen tiefen und höchsten Einkommen driftet immer weiter auseinander. Es reicht darum nicht, nur bei den höchsten Einkommen den Hebel anzusetzen. Notwendig sind auch Massnahmen, um die tiefen Einkommen auf ein akzeptables Niveau zu bringen. Ein Ja zur Abzocker-Initiative ist der erste von drei wichtigen Schritten dazu.

Björn Schaub, Geschäftsleiter

Ja zur Familienpolitik

Die vorliegende Neuregelung der Familienpolitik in der Bundesverfassung wird von Bundesrat und Parlament unterstützt und will die Vereinbarkeit von familiären Pflichten und Erwerbstätigkeit verbessern.

Die Kantone werden verpflichtet, für ein bedarfsgerechtes Angebot an familien- und schulergänzenden Tagesstrukturen zu sorgen. Sollten ihre Bestrebungen oder jene von

Gemeinden, der Wirtschaft oder anderen Organisationen nicht ausreichen, legt der Bund Grundsätze fest. Zudem wird mit dem revidierten Verfassungsartikel eine rechtliche Basis geschaffen zur steuerlichen Entlastung von Familien. Die Grünen empfehlen ein Ja zur Familienpolitik.

Björn Schaub, Geschäftsleiter

Ja zum Raumplanungsgesetz

Die Änderung des Raumplanungsgesetzes (RPG), nimmt wichtige Kernanliegen der Grünen auf: Stopp der Zersiedelung und schonender Umgang mit der Ressource Boden / Landschaft.

Sie ist der indirekte Gegenvorschlag zur von den Grünen unterstützten Volksinitiative «Raum für

Mensch und Natur (Landschaftsinitiative)». Überdimensionierte Bauzonen sollen reduziert werden: Es soll nur so viel Bauland ausgeschieden werden, dass der Bedarf für 15 Jahre gedeckt werden kann. Durch eine massvolle Verdichtung nach innen soll das bestehende Siedlungsgebiet besser genutzt

werden. Ausserdem soll obligatorisch eine Abgabe erhoben werden für den Mehrwert, der bei Planungsgewinnen, z.B. durch Einzonungen, entsteht.

Dieser Gegenvorschlag fand in Bundesbern eine breite Akzeptanz; das unter Federführung des Schweizerischen Gewerbeverbandes lancierte

Referendum ist leider trotzdem zustande gekommen. Jetzt geht es darum, am 3. März mit einem Ja zur Revision des RPG ein kräftiges Zeichen für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung zu setzen.

Urs Leugger-Eggimann, Landrat Arlesheim, Parteivizepräsident

Stimmfreigabe zur Gasttaxe

Viele Kantone kennen eine Beherbergungsgebühr, um touristische Dienstleistungen zu finanzieren.

So wird in Basel eine Gasttaxe von CHF 3.50 pro Übernachtung bei Personen ab 12 Jahren erhoben. Dafür wird allen Gästen gratis ein Mobility-Ticket zur Benützung des ÖV ausgehändigt sowie Bons für weitere Vergünstigungen.

Eine TNW-Tageskarte würde CHF 11.- pro Tag kosten. Die Einführung einer Gasttaxe im Baselbiet wäre eine Angleichung an das touristische Angebot von Basel, was Beherber-

gungsbetriebe im Kanton wünschen. Für eine Gasttaxe spricht, dass Gäste beider Kantone gleichgestellt und zur Benützung des ÖV animiert werden. Dagegen spricht, dass die Abgabe auch bei Personen erhoben werden muss, die an einem Mobility-Ticket nicht interessiert sind, weil sie zum Beispiel vorübergehend hier arbeiten.

Die Mitgliederversammlung der Grünen hat zur Einführung einer Gasttaxe Stimmfreigabe beschlossen.

Marie-Theres Beeler, Landrätin Liestal, Fraktionsvizepräsidentin

Ja zum Gegenvorschlag «Wildenstein»

Mit dem Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zu Wildenstein und Schloss Bottmingen» will der Regierungsrat den Weg ebnen für die Übergabe der beiden Schlösser und des Landwirtschaftsbetriebes Wildenstein an private Stiftungen. Damit wird die Zukunft der Schlösser und des Hofguts unter Wahrung ihrer kulturhistorischen Bedeutung ebenso gesichert wie die einzigartige Natur und Landschaft auf dem Wildenstein – und die Kantonsfinanzen werden um mehrere Millionen Franken entlastet. Die Zugänglichkeit für die Bevölkerung bleibt gewährleistet.

Stimmt die Mehrheit der Bevölkerung dem Gegenvorschlag zu, geht das Schloss Wildenstein im

Baurecht an eine Stiftung über mit der Basellandschaftlichen Kantonalbank; das Hofgut wird an die Christoph Merian Stiftung verkauft. Beide haben das nötige Bewusstsein und know how, um mit den ihnen übertragenen Gütern verantwortungsvoll umzugehen – und sie verfügen über die nötigen finanziellen Mittel. Die Kernanliegen der Initiative sind damit aufgenommen. Deshalb empfehlen die Grünen Ja zum Gegenvorschlag und Nein zur Initiative – bei der Stichfrage den Gegenvorschlag ankreuzen.

Urs Leugger-Eggimann, Landrat Arlesheim, Parteivizepräsident

Regierungsratskommentar



Isaac Reber, Regierungsrat und Vorsteher der Sicherheitsdirektion

Mehr oder weniger Energie?

Ums Thema Energie wird sich in unserem Kanton vieles drehen in den kommenden Jahren. Wir werden sehr viel Energie brauchen, wenn wir aus dem Rückwärtsgang wieder in den Vorwärts-Modus kommen wollen. Gefordert ist hier vor allem Kreativ-Energie, von allen. Regierung, Parlament, Bevölkerung und unsere Wirtschaft müssen am selben Strick ziehen, wenn wir im Baselbiet eine neue Aufbruchstimmung erzeugen wollen - eine Stimmung, wie wir sie letztmals wohl in den 60er-Jahren des letzten Jahrhunderts hatten.

Zu alter Stärke zurückfinden müssen wir auch, wenn es um das Thema Energie selbst geht. Da waren wir einmal weit vorne dabei. Das ist leider nicht mehr so, und nun sehen wir: Energie wird einer der Mega-Trends in diesem Jahrhundert sein, den wir keinesfalls verpassen dürfen! Letztes Jahr hat das Parlament durch Überweisung einer Motion der Grünen die Regierung beauftragt, das Energie-Gesetz total zu revidieren. Das bietet uns nun die Chance, dass das Baselbiet auch in Sachen Energie bald wieder eine erste Adresse wird.

Auch wenn das nicht von heute auf morgen geht – setzen wir alle unsere Energie so ein, dass es mit der Lebensqualität vorwärts und mit dem Verbrauch retour geht!

Vater und sein Bruder



Roman von Christoph Frommherz

Der Roman hat seinen Zweck erfüllt, denkt Peter zufrieden, als er Seite für Seite seines soeben fertig gestellten Manuskripts verbrennt. Darin ist das Schicksal seines Vaters Ruedi und dessen Bruder Heiri beschrieben, die sehr verschiedene Wege gehen. Dass der Roman nun nicht zwischen die ersehnten Buchdeckel kommt, kümmert Peter nur noch wenig. Denn er ist soeben Vater geworden und

Bitte unterschreiben: Stromeffizienz-Initiative

Diese Initiative (siehe beiliegenden Unterschriftenbogen) verlangt ein verbindliches Stromeffizienzziel, wobei bis 2035 der Stromverbrauch nicht grösser sein soll als 2011.

Die Initiative bestätigt weitgehend die Szenarien der Grünen für einen klima- und umweltfreundlichen Atomausstieg. Die Szenarien der Grünen sind ehrgeiziger beim Klimaschutz und haben einen längeren Zeithorizont (2050 statt 2035). Einsparungen und Energieeffizienz sind im Übrigen auch in der von den Grünen lancierten Atomausstiegsinitiative zwei zentrale Pfeiler. Die Atomausstiegsinitiative gibt ausserdem klare Maximalfristen für die Laufzeiten der AKW und somit die Geschwindigkeit der Energiewende vor. Die Stromeffizienzinitiative ist eine gute Ergänzung zur Atomausstiegsinitiative. Darum bitte den beiliegenden Unterschriftenbogen unterschreiben und einsenden, merci.

geht voll und ganz in seiner neuen Rolle auf. Zum Glück hat Anna, seine Partnerin, gerade noch rechtzeitig eine elektronische Kopie des Manuskripts angefertigt. Ein namhafter Verlag interessiert sich dafür...

So beginnt der neue Roman von Christoph Frommherz (e. Landrat), der soeben im Friedrich Reinhardt-Verlag erschienen ist.

«Die Geschichte der beiden Brüder verwebt die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen seit den 70er Jahren in der Region Basel, die unsere Generation geprägt und politisiert haben» sagt Maya Graf.

www.textprojekt.ch/literatur.php

Abstimmungsparolen zum 3. März 2013

Kantonale Vorlagen

NEIN zur nichtformulierten Volksinitiative «Ja zu Wildenstein und Schloss Bottmingen» und
JA zum Gegenvorschlag – bei der Stichfrage den Gegenvorschlag ankreuzen.

STIMMFREIGABE zur Änderung der Kantonsverfassung (Erhebung Gasttaxe).

Eidgenössische Vorlagen

JA zum Bundesbeschluss über die Familienpolitik.

JA zur Volksinitiative «Gegen die Abzockerei».

JA zur Teilrevision Raumplanungsgesetz.

Agenda

28. Februar – 3. März

Natur Messe.
Das Schweizer Forum für Nachhaltigkeit.
Halle 4, Messe Basel.

IMPRESSUM

Herausgeber: Grüne BL, Güterstrasse 83
4053 Basel

Redaktion: info@gruene-bl.ch

Auflage: 1500 Ex.

gedruckt auf Cyclus Offset, 100% Recycling

Werden Sie Mitglied (www.gruene-bl.ch) oder unterstützen Sie die Grünen BL mit einer Spende (PC-Konto 40-7608-1). Merci.